Gremium	Datum	Status	Öffentlichkeitsstatus
Gemeinderat	21.03.2024	Beschlussfassung	öffentlich

Hauptamt Bearbeiter: Rösch, Daniela Aktenzeichen: 200.01	Datum: 05.03.2024 PSP-Element: 7.215000.020.004
---	--

Betreff: ***Interne Umbuchung von DigitalPaktmitteln***

Anlagen:

Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat stimmt der vorgeschlagenen Vorgehensweise für die Verwendung der DigitalPaktmittel und notwendigen internen Verbuchungen auf die jeweiligen Schulen zu.

Begründung:

Im Zusammenhang mit der Bundes-/Landesförderung „Digitalpakt Schulen“ werden verschiedene Ausgaben im Bereich der Digitalisierung unserer Schulen getätigt. So wurde mittlerweile der Schulverbund Blumberg mit digitalen Tafeln und Medientischen ausgestattet, über Sonderförderungen (Zusatzmittel) konnten Schüler- und Lehrerendgeräte beschafft werden.

Auch für den Personaleinsatz im Zusammenhang mit den Beschaffungen konnten zusätzliche Fördermittel „Administration“ realisiert werden.

Bereits im Jahr 2020 hat sich der Gemeinderat grundsätzlich für die digitale Ausstattung der Schulen, die Inanspruchnahme der Fördergelder und den Einsatz von Eigenmitteln ausgesprochen. In der Regel werden seitens des Landes 80% der Beschaffungen gefördert, 20% der Kosten müssen von den Schulträgern aufgebracht werden. Die Stadt Blumberg erhält ein Schulträgerbudget (Förderung des Landes) für den Schulverbund Blumberg² und die Grundschule Eichberg i. H. v. 388.600,00 €.

Beschaffungen über den Digitalpakt werden entsprechend den rechtlichen Vorgaben dem Gemeinderat vorgestellt, dort beschlossen, ausgeschrieben und durchgeführt.

Die kassenrechtliche Abwicklung erfolgt über ein allgemeines PSP-Element im Haushaltsplan (7.215000.020.004), über welches die Digitalpaktmittel seit 2020 mitgeführt werden.

Nach den Beschaffungen müssen die auf diesem übergeordneten PSP-Element verorteten Mittel je nach Rechnungsbetrag intern auf die jeweilige Schule umgebucht werden. Die Rechnungen müssen kassenrechtlich über das PSP-Element der jeweiligen Schule bezahlt werden. Dies erfolgt organisatorisch mit einem Antrag auf überplanmäßige Ausgaben (ÜPL).

Der Rechnungsbetrag der mit dem ÜPL-Antrag umgebucht werden muss, liegt in manchen Fällen über der Bewirtschaftungsbefugnis des Bürgermeisters. Aufgrund dessen müssten Vorgänge, die bereits mehrmals im Gremium besprochen wurden (Ausschreibung, Vergabe) nun für die Umbuchung erneut dem Gemeinderat vorgelegt werden.

Bei diesen Vorgängen handelt es sich lediglich um interne Umbuchungen. Die Mittel/Finanzierung für die einzelnen Beschaffungen sind bereits im Haushalt veranschlagt und müssen vor der Ausschreibung/Auftragsvergabe geklärt sein.

Die Verwaltung schlägt daher vor, bei diesen internen Buchungen von einer erneuten Vorlage an den Gemeinderat abzusehen. Die Unterschrift durch Herrn Bürgermeister auf dem jeweiligen Umbuchungsantrag wäre dann ausreichend. Dieses Vorgehen dient dazu, den Aufwand für die Verwaltung zu minimieren, Bürokratie abzubauen und den Vertragspartnern zeitnah den jeweiligen Rechnungsbetrag zukommen zu lassen.